

Interview:

mit Altaf Hussain, im freiwilligen Londoner Exil lebender Chef des 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM).

Seitdem die Armee die krisengeschüttelte 12-Millionen-Metropole Karachi mit dem überraschenden Truppenabzug im Dezember 1994 ihrem Schicksal überlassen hat, gehört das tägliche Blutbad im wichtigsten Industrie- und Handelszentrum Pakistans zum Alltag. Mal sind es fünf, mal acht Menschen, die dem Terror zum Opfer fallen, manchmal aber auch 27, wie am 19. Juli geschehen. Unversöhnlich stehen sich die MQM, die von der Armee 1992 entmachtete Partei der urdusprachigen Minderheit, und die PPP-Bundesregierung verstärkt durch 23.000 Polizisten und 15.000 paramilitärischen Rangern gegenüber. Während sich die schwerbewaffneten Terrorkommandos der MQM Polizeipatrouillen, öffentliche Gebäude und sonstige Symbole des Staates als Angriffsziele aussuchen, konzentrieren sich die Sicherheitskräfte auf Großrazzien in den Hochburgen der Mohajirpartei, und auf gezielte Fahndungsaktionen gegen bekannte oder mutmaßliche Drahtzieher und Killer der Organisation. Auf der politischen Ebene flankieren die Protagonisten das Morden in Karachi mit einer rhetorischen Schlamm-schlacht. So nannte Benazir Bhutto den im Londoner Exil lebenden MQM-Chef erst kürzlich einen Terroristen. Seine Anhänger beschimpfte sie in einer öffentlichen Rede als "Ratten", "Feiglinge" und "Verräter an der Sache Pakistans". Die schrille Tonlage zeigt, daß die Regierung gewillt ist, den Feind mit Gewalt zum Schweigen zu bringen. Dabei sind sämtliche Beobachter davon überzeugt, daß eine Beilegung des Konfliktes nur unter politischer Einbindung der MQM, die in der Bevölkerung Karachis und der übrigen Städte im Sindh ungebrochene Unterstützung genießt, gelingen kann. Näheren Einblick in die Positionen der MQM, die vor kurzem mit einem überraschenden Streikmoratorium erstmals Kompromißbereitschaft signalisiert hat, vermittelt das nachfolgende Interview mit MQM Chef Altaf Hussain, das in der pakistanischen Zeitschrift 'Herald' erschienen ist.

Warum haben Sie die mit großem Medienecho angekündigte und von vielen gefürchtete Protestkampagne gegen die Bemerkungen von Premierministerin Benazir Bhutto verschoben?

Wir haben unsere Protestaktionen als Zeichen des guten Willens hinausgeschoben, um der Regierung eine weitere Chance zu geben, etwas für die Verbesserung der Situation zu tun. Außerdem wollten wir damit der Welt zeigen, daß nicht wir die Konfrontationsbesessenen sind. Ganz im Gegenteil sind wir diejenigen, die zur Aussöhnung bereit sind. Aber die Menschen in Pakistan können die Tatsache bezeugen, daß die Regierung auf unsere Angebote nicht mit dem selben Maß an gutem Willen reagiert. Statt dessen fährt die Regierung fort zu drohen, zu zerstören und die Mohajirs zu töten.

Wie werden Sie mit Blick auf das Verhalten der Regierung in Zukunft vorgehen?

Wir werden uns verstärkt den Bedingungen widmen, die in den Städten der Provinz Sindh an der Tagesordnung sind. Dazu gehört die Art und Weise, wie man die urbanen Zentren als Geiseln und als erobertes Gebiet behandelt, die Methoden, mit denen man die Mohajirs zu Opfern eines Genozids macht, und die rassistische und faschistische Taktik, mit der man dabei vorgeht. Selbst die Ausdrucksweise der Premierministerin gegenüber den Mohajirs ist rassistisch und faschistisch. Den Großteil unserer Zeit verbringen wir damit festzustellen, wieviele Menschen wieder verhaftet und getötet wurden.

Vor einiger Zeit haben Sie versucht, die öffentliche Meinung über eine eigene Provinz für die Mohajirs zu testen. Wie fiel die Reaktion aus und welche Folgen wird das wahrscheinlich haben?

Wir haben tausende Briefe, Faxe und Telefonanrufe erhalten, und zwar nicht nur aus Pakistan, sondern aus der ganzen Welt. Es haben sogar Angehörige einiger anderer Völker geantwortet. Aber die überwältigende Mehrheit der Antworten kam von Mohajirs, und nur vier oder fünf Briefe unter tausenden waren gegen die Forderung nach einer separaten Provinz. Ein eigens gebildeter Ausschuss

ist noch dabei, die geäußerten Ansichten, Meinungen und Vorschläge zu analysieren und auszuwerten. Sobald der Ausschuss seine Arbeit beendet hat, werden die Ergebnisse veröffentlicht. Wenn jemand Menschen in die Enge treibt, wenn jemand jugendliche Mohajirs und MQM-Mitarbeiter nach ihrer Verhaftung tötet - darf er diese dann obendrein auch noch als Teufel bezeichnen ...? In der Tat sagte die Premierministerin in ihrer Rede wörtlich "wir haben einen Teufel getötet". Wer hat der Premierministerin das Recht gegeben zu entscheiden, wer ein Teufel und wer ein Engel ist? Das ist nicht ihre Aufgabe. Das ist Sache der Justiz. Sie hat mit ihren Worten zugegeben, daß die Regierung einen MQM-Mitarbeiter getötet hat. Und sie hat das Opfer hinterher als Teufel abgestempelt. Selbst wenn er ein von der Polizei gesuchter Verbrecher gewesen wäre, hätte man ihn verhaften sollen, aber nicht töten. Wenn wir eine freie Justiz mit etwas Respekt vor der Verfassung und dem Gesetz hätten, würde diese von selbst tätig werden und gegen Benazir Bhutto auf der Basis ihres Schuldbekennnisses ein Verfahren einleiten. Die MQM hat sogar einen Streik organisiert, um einen solchen Prozeß zu fordern. Leider hat sich auch in diesem Fall wieder bestätigt, daß unsere Justiz nicht frei ist. Wenn aber MQM-Mitarbeiter oder jugendliche Mohajirs vor Gericht erscheinen müssen, sind diese in der Regel so zugerichtet, daß sie weder stehen noch laufen können. Ihre Körper sind mit Wunden bedeckt; ihre Körper wurden mit Gegenständen durchbohrt, die Knochen gebrochen, sie wurden mit glühenden Zigarettenstummeln mißhandelt, kopfüber nackt aufgehängt und vergewaltigt. Hier werden Menschen selbst fundamentalste Rechte verweigert. Was erwarten Sie von einem Volk, das vom Staat so behandelt wird? Es hat keine andere Wahl, als eine eigene Provinz zu fordern. Jetzt aber, wo die Menschen diese eigene Provinz verlangen, werden sie von der Regierung als Terroristen, Ratten und Feiglinge beschimpft, die es zu zertreten gilt. Solche Drohungen treiben die Menschen in die Enge: Heute sprechen sie noch von einer eigenen Provinz, morgen schon von einem eigenen Land.

Wann werden Sie sich angesichts dieser Zustände dem Votum



Die Gewalt in Pakistans größter Stadt scheint keine Grenzen zu kennen (Foto: 'Gulf News')

tausender Mohajirs anschließen und eine separate Provinz fordern?

Wir tun alles, um die Verantwortlichen an den Schalthebeln der Macht vom Ernst der Lage zu überzeugen, damit die MQM auf die Forderung nach einer separaten Provinz verzichten kann. Man muß den Mohajirs im Sindh nur die gemäß ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung nach zustehenden Rechte auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Bildung zugestehen. Wenn man ihnen aber weiterhin die Basisrechte auf Bildung und Arbeit verweigert, wenn Polizei und Armee auch in Zukunft keine Mohajirs rekrutieren und wenn man diese statt dessen als Staatsfeinde bezeichnet, wird das Volk keine Wahl haben. (...)

Die Regierung behauptet, daß etliche MQM-Mitarbeiter Terroristen sind. Was antworten Sie auf diesen Vorwurf?

In den Reihen der MQM gibt es keinen einzigen Terroristen. Die PPP ('Pakistan Peoples Party', d.Red.) ist vielmehr selbst eine terroristische Organisation, und die von ihr gestellte Regierung ist eine terroristische Regierung. Sie töten unschuldige Menschen. Sie begehen an der gesamten Nation der Mohajirs, die sie quälen und vernichten wollen, Völkermord. Sie sind die wahren Terroristen, da sie ihre Macht mißbrauchen, ständig gegen die pakistanische Verfassung verstoßen und an den Mohajirs Verbrechen begehen. (...)

Benazir Bhutto soll angeblich gesagt haben, daß die laufenden Gespräche zunächst dazu dienen, Sie nach den Motiven für Ihre Beteiligung an Morden in Karachi zu befragen. Wenn Sie

aber gar nicht involviert sind, hat die Regierung ja eigentlich keinen Anlaß mit Ihnen zu sprechen. Was meinen Sie dazu?

Wir töten keine Menschen. Warum auch sollten wir Angehörige unseres eigenen Volkes töten? Aber ganz gleich welcher Nationalität das Opfer angehört: Wir sind gegen Mord. Wir sind für Frieden. Wir sind ein demokratisches Volk. Wir wollen alle Probleme mit Verhandlungen lösen, nicht mit Krieg. Die Regierung dagegen setzt mit ihrer Politik die gesamte Mohajir Bevölkerung kompromißlos unter Druck und zwingt damit den Betroffenen die Konfrontation und die Bildung eigener militanter Gruppen geradezu auf.

Was die hinter Ihrer Frage steckende Logik betrifft, die unterstellt, daß allein schon die jetzigen Gespräche mit der Regierung beweisen, daß wir an den Morden beteiligt sind, so kann ich nur wiederholen: Wir haben niemanden getötet und wir werden niemanden töten. Vielmehr ist es die Regierung, die Mohajirs tötet. Und wir sind bereit, mit den Mördern der Mohajirs zu sprechen. Die Regierung metzelt unser Volk nieder. Wir haben tausende Zeugen, die das beweisen. Sie haben sicher davon gehört, daß General Asif Haroon kürzlich Journalisten eingeladen hat, um ihnen eine angeblich konfiszierte Karte von Jinnahpur zu präsentieren (so soll der von radikalen Separatisten geforderte unabhängige Mohajir-Staat nach dem pakistanischen Staatsgründer Muhammad Ali Jinnah heißen, d.Red.). Nur Journalisten aus dem Punjab waren eingeladen, niemand aus Karachi. Die Absicht dahinter: Es sollte alles nach einer aufgedeckten Verschwörung aussehen. Ich will Ihnen sagen, was es mit dieser "Verschwörung von Jinnahpur" auf sich hat, mit der weder die MQM, noch irgendein Sympathisant der MQM etwas zu tun



Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage (Foto: 'Herald', Karachi)

hat. Sie wurde von den Generälen und einigen Armeebürokraten ausgeheckt, um das Ansehen des Mohajir Qaumi Movement zu beschädigen, indem man aufdeckt, daß die MQM die Gründung eines unabhängigen Staates für die Mohajirs plant. Das sind vollkommen falsche und haltlose Beschuldigungen gegen die MQM. Ich erwarte von Generalstabschef Waheed und der gegenwärtigen Armeeführung, daß man die Affäre untersucht und die Schuldigen in den Reihen der pakistanischen Armee identifiziert. Die Verantwortlichen sollten öffentlich gehängt werden. (...)

Seit kurzem macht eine militante Organisation namens 'Mohajir Rights Front' von sich reden. Handelt es sich dabei um eine Splittergruppe der MQM?

Das habe ich schon oft klargestellt: Die MQM hat noch nie solche gewaltbereiten Gruppen gegründet und wird das auch nicht in Zukunft tun. Aber ich habe den Generalstabschef und den pakistanischen Präsidenten in zahlreichen Briefen davor gewarnt, daß eines Tages solche extremistischen Gruppen entstehen, wenn nichts gegen die von der PPP an unschuldigen Bürgern begangenen Verbrechen und Brutalitäten unternommen wird. Denn die Opfer werden sich sonst ganz zwangsläufig in solchen Gruppen organisieren, die dann nichts mehr aufhalten kann. Aber auf unsere Warnungen wollte ja niemand hören. Mit dieser Gruppe haben wir jedenfalls nichts zu tun.

Es ist auffällig, daß MQM nahe Publikationen wie die Tageszeitung 'Parcham' Artikel und Stellungnahmen der MRF veröffentlichten. Das erweckt den Eindruck, als ob diese Gruppen den Segen der MQM ...

Das weise ich entschieden zurück. Außerdem verurteile ich die von der MRF abgegebenen Erklärungen, die zur Gewalt aufrufen. Wir sind gegen Gewalt. Wir verurteilen alle Formen des Terrors.

Zur Zeit wird darüber nachgedacht, Karachi der Bundesregierung zu unterstellen. Glauben Sie, daß dies die Probleme dort lösen wird?

Die 22 Millionen Mohajirs werden diesen Vorschlag niemals akzeptieren.

Könnte man nicht wenigstens einige der Probleme auf diese Weise lösen?

Der Bund beutet Karachi auch so schon aus, wenn man bedenkt, daß 75 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus Karachi stammen. Und was haben wir davon? Man behandelt Karachi wie eine Kolonie. Deshalb wird die MQM niemals hinnehmen, daß Karachi zum Bundesterritorium erklärt wird. Das ist keine Lösung.

Wie sieht denn Ihrer Meinung nach die Lösung des Karachi-Problems aus?

Die Lösung besteht darin, daß man den Mohajirs ihre legitimen Rechte garantiert und sie als Bürger Pakistans akzeptiert.

Die Situation in Karachi spitzt sich mit jedem Tag weiter zu, und die Bewohner der Stadt sind äußerst verunsichert. Was schlagen Sie vor, wie man die Lage in Karachi entschärfen und den Frieden wiederherstellen könnte?

Was sich in Karachi abspielt ist nicht unsere Schuld. Die katastrophale Lage in Karachi haben allein die Bundesregierung, die Geheimdienste ISI und IB (gemeint ist der militärische Geheimdienst 'Inter-Services Intelligence' und der zivile Geheimdienst 'Intelligence Bureau', d.Red.) und die sindhische Provinzregierung zu verantworten. Nur wenn die gegen die Einwohner Karachis gerichteten verfassungswidrigen Aktionen und Greuelthaten endlich aufhören, kann wieder Frieden einkehren. Aber das Haupthindernis sehe ich in den hinterlistigen Plänen, die die Premierministerin gegen die Mohajirs schmiedet. So hat Bhutto in einer Rede vor dem 'National Defence College' gesagt, daß es in Karachi erst Frieden geben kann, wenn die Wählerbasis der MQM zerschlagen ist. Und in einem Interview des amerikanischen Nachrichtenmagazins 'Newsweek' sprach sie sich gegen Kommunalwahlen aus, solange man einen Wahlsieg befürchten müsse. Wörtlich sagte sie: "Die MQM würde den Wahlsieg an sich reißen, und wir haben nicht die Absicht, die Kontrolle über Karachi, Hyderabad und die übrigen Städte der MQM zu überlassen." Da zeigt sich doch die Einstellung Bhuttos. Sie ist nicht bereit, das Mandat zu akzeptieren, das Millionen Mohajirs der MQM verliehen haben.

Glauben Sie denn, daß Kommunalwahlen die Situation entspannen könnten?

Ja, ganz bestimmt. Allerdings müßte die Regierung zuvor eine Volkszählung durchführen und die Wahlkreise so zuschneiden, daß mindestens die Hälfte der für sindhische Abgeordnete vorgesehenen Sitze in der Nationalversammlung und nicht weniger als 50 Prozent der Sitze im sindhischen Landtag für Mohajirs reserviert werden. Außerdem verlangen wir, daß die Hälfte aller Stellen in sämtlichen Regierungsbehörden sowohl auf Bundes- als auch auf Provinzebene mit Mohajirs besetzt werden. Solange das nicht geschehen ist, setzen die Mohajirs den Kampf für ihre Rechte fort. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich das Phänomen MQM von den übrigen religiösen und politischen Parteien Pakistans unterscheidet. Wir sind für wirkliche Demokratie, nicht für Feudaldemokratie. Das Volk muß bei Wahlen selbst entscheiden können, für wen es stimmt. Das darf nicht von Stammesfürsten und Großgrundbesitzern entschieden werden. Es ist kein Zufall, daß diese Herrschaften uns als Terroristen bezeichnen. Dabei sind sie es doch, die öffentliche Kredite in Milliardenhöhe aufnehmen und anschließend veruntreuen. Solche Leute sollte man öffentlich hängen. Sie haben doch nur vor denen Angst, die ihr System herausfordern. Soll ich Ihnen sagen, warum ich in London bin? Weil ich mich weigere, Teil dieses ungerechten Feudalsystems zu werden. Ich weigere mich, mich der Hierarchie und den Generälen zu beugen. Ich weigere mich, meine Prinzipien zu verkaufen. Deshalb bin ich hier in London.

(Interviewer: Idrees Bakhtiar, Übersetzung: Jorge Scholz. Das Interview wurde leicht gekürzt)